Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger

MVFP Medienverband der freien Presse

Bundesminister der Justiz
Herrn Dr. Marco Buschmann, MdB
Bundesministerium der Justiz
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Berlin, 16. August 2024

Bestätigungslösung zum Telefonmarketing in der Frühkoordinierung

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

mit großer Sorge verfolgen wir, dass ein aktueller Gesetzentwurf Ihres Hauses zur Umsetzung insbesondere der RiLi (EU) 2024/825 auch eine europarechtlich nicht geforderte und nicht eilbedürftige Bestätigungslösung für telefonisch geschlossene Verträge vorsieht. Angesichts der massiven negativen Auswirkungen auf die Verbreitung und Finanzierung von Zeitungen und Zeitschriften, aber auch auf weitere Wirtschaftskreise, bitten wir Sie dringend, diesen Vorschlag von der Umsetzung abzutrennen und wenigstens bis zu einer vertieften Erörterung aller möglichen Optionen zurückzustellen.

Bis zu über 30% der Abonnementauflagen hängen von dem bereits heute komplett ausregulierten legitimen Telefonmarketing ab. Das gilt insbesondere für höherpreisige Zeitungs- und Zeitschriften-abonnements. Die Verlage der SZ, der FAZ, der ZEIT, des SPIEGEL, Hubert Burda Media, die FUNKE Mediengruppe, Gruner + Jahr und viele weitere Unternehmen haben erneut diese Bedeutung des Telefonmarketings bekräftigt.

Dabei könnte die Bestätigungslösung bis zu 90% dieser Abo-Abschlüsse über Telefonmarketing kosten, wenn der Vertriebsweg dadurch nicht insgesamt so unwirtschaftlich wird, dass er vollständig aufgegeben werden muss. Die Regelung würde so die für die private Presse essenziellen Bemühungen um ein möglichst langsames Abschmelzen der gedruckten Abonnementauflagen und ihre tragfähige Substitution durch digitale Bezahlangebote schwer schädigen. Die freie Presse benötigt in der Digitalisierung Unterstützung und keine zusätzlichen politischen Einschnitte in ihre Verbreitung und Finanzierung.

Es wäre wichtig, vor der Entscheidung über das Ob und das Wie eines solchen Vorschlags die Folgen und mildere Alternativen mit der betroffenen Presse und weiteren betroffenen Branchen zu erörtern. Angesichts der berechtigten Sorge um die Wirtschaftskraft Deutschlands und um die schwierige Lage der freien Presse könnte zudem überlegt werden, ob es überhaupt richtig sein kann, zum jetzigen Zeitpunkt eine solche politische Beschränkung wirtschaftlicher Wertschöpfung durch neue Verbote und immensen Bürokratieaufwand auf den Weg zu bringen.

Dass der Koalitionsvertrag die Einführung einer allgemeinen, also nicht auf einzelne Branchen beschränkten Bestätigungslösung vorsieht, macht die Eingliederung in die o. g. Richtlinien-umsetzung nicht erforderlich und nicht eilbedürftig. Eine vorherige vertiefte Erörterung mit der betroffenen Wirtschaft ist jedenfalls möglich und wichtig. Zudem ist offen, ob nicht Regelungen etwa

Bundesverband
Digitalpublisher und
Zeitungsverleger e.V.

MVFP Medienverband
der freien Presse e.V.

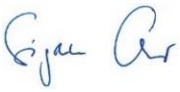
Haus der Press
Markgrafenstraße 15
10969 Berlin
Tel. +49 (0)30 72 62 98 0

zu Haustürgeschäften die politischen Anforderungen trotz sehr viel geringerer Eingriffe in die freie Presse erfüllen könnten.

Und selbst für die Bestätigungslösung gibt es Varianten, die sich auf die Bekämpfung unlauterer Telefonanrufe beschränken und die legale Telefonwerbung nicht oder sehr viel weniger beschädigen. So könnte ein Bestätigungserfordernis, das zu dem ohnehin bestehenden Widerrufsrecht hinzukommt, auf Fälle begrenzt werden, in denen das anrufende Unternehmen unlauter handelt, da keine Einwilligung für den Anruf vorliegt. Auch eine Ausnahme für Abonnements gedruckter und digitaler Zeitungen und Zeitschriften (vergleichbar derjenigen für Finanzprodukte) ist erwägenswert. Schließlich bleibt die Frage, ob gerade dieses eher wirtschaftshemmende Projekt in der heutigen wirtschaftlichen Lage überhaupt aktiv vorangetrieben werden sollte.

Für Gespräche und Rückfragen stehen wir sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Sigrun Albert

Hauptgeschäftsführerin
Bundesverband Digitalpublisher
und Zeitungsverleger e.V.

Stephan Scherzer

Bundesgeschäftsführer
MVFP Medienverband der freien Presse e.V.